

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 29.03.2012	Beginn 17:05 Uhr	Ende 21:50 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner	bis 19:50 Uhr
Kirschner, Thorsten	bis 21:45 Uhr
Lotz, Katharina	bis 18:55 Uhr
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	bis 21:30 Uhr
Schwabe, Bernd Ulrich	
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	bis 17:55 Uhr
Heinemann, Manfred	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	ab 17:15 Uhr bis 20:10 Uhr
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	bis 21:45 Uhr
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Rindermann, Horst	
Weidenfeld, Uwe	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	ab 17:30 Uhr bis 21:15 Uhr
Lubitz, Eleonore	
Bockelmann, Christian Dr.	
Siepmann, Ernst Walter	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo	
Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus	
----------------	--

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried	
Heringhaus, Petra	
Klos, Karlheinz	
Kuss, Jürgen	
Menke, Olaf	
Mollenkott, Marion	
Rudolph, Heike	
Schildt, Randolf	
Schweinsberg, Ralf	
Sormund, Frank	
Striebeck, Thomas	
Weidner, Gabriele	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

Mitglieder

Garn, Elke	
------------	--

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 09.02.2012	
4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
6	Nachbenennung eines Ausschussvorsitzenden	056/2012
7	Ausschussumbesetzungen	057/2012/2
8	Bestellung von Rechnungsprüfer	082/2012
9	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	048/2012
10	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 Abs. 2 BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	061/2012/2
11	Umkehrung Bismarckstraße und Gartenstraße - Konkretisierung der Fraktionen BfS, CDU, FDP und SWG vom 14.03.2012	055/2012/2
12	Antrag gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: Beibehalt der Einbahnstraßenregelung Bismarckstraße/Gartenstraße/Mittelstraße	088/2012
13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.02.2012 zur Verkehrsentwicklung Innenstadt	058/2012
14	Gemeinsamer Antrag BfS, CDU, FDP und SWG vom 13.03.2012 "Pavillon Neumarkt"	091/2012
15	Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in NRW - hier: Projekt IKEA mit ergänzendem Homepark	054/2012

16	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/6
17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2012 zum integrierten Klimaschutzkonzept	065/2012/1
18	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012
18.1	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012/1
19	Förderung des Breitensports	010/2012/2
20	Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2012	087/2012/1
21	Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011	043/2012
22	Haushaltsanträge der FDP-Fraktion vom 10.01.2012	044/2012/1
23	Antrag der CDU-Fraktion; Zuschuss an den Trägerverein Schwelmebad	090/2012/1
24	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)	146/2011
25	Investitionsliste 2012	079/2012/1
26	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2012	084/2012/1
27	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2012	018/2012
28	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
----------	---	--

Anschließend stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt er nachstehende beabsichtigte Ergänzungen bzw. Änderungen vor:

HINZUKOMMENDE VORLAGEN / TOPE

zu neu A 14 - VL 091/2012

Gemeinsamer Antrag BfS, CDU, FDP und SWG vom 13.03.2012 "Pavillon Neumarkt"

neu A 16 - VL 033/2012/6

Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung

neu A 18.1 - VL 089/2012/1

Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013

neu A 23 - VL 090/2012/1

Antrag der CDU-Fraktion; Zuschuss an den Trägerverein Schwelmebad

AUSZUTAUSCHENDE VORLAGEN

unter neu A 19 - VL 010/2012/2 ersetzt VL 010/2012/1 (+ 010/2012)

Förderung des Breitensports

unter A 20 - VL 087/2012/1 ersetzt VL 087/2012

Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2012

Unter neu A 22 - VL 044/2012/1 ersetzt VL 044/2012

Haushaltsanträge der FDP-Fraktion vom 10.01.2012

unterneu A 25 - VL 079/2012/1 ersetzt VL 079/2012

Investitionsliste 2012

Unter neu A 26 - VL 084/2012/1 ersetzt VL 084/2012
*Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des
Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das
Haushaltsjahr 2012*

Auf Nachfrage, ob der Rat mit der vorgestellten Ergänzung bzw. Änderung der Tagesordnung einverstanden sei, weist Herr Flühöh darauf hin, dass die unter TOP neu A 13 und neu A 17 aufgeführten Vorlagen in vorangegangener Hauptausschusssitzung in den AUS vertagt worden seien und nicht auf der Tagesordnung stehen dürften.

Herr Stobbe erläutert, dass dieses Ergebnis zu dem Zeitpunkt, in dem die Einladung zur Ratssitzung ergangen sei, noch nicht bekannt war. Die beiden Vorlagen seien daher noch aufgeführt. Er schlägt vor, in heutiger Sitzung ebenfalls auf Antrag die Vertagung zu beschließen.

Nachdem sich die Ratsmitglieder mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über die geänderte Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 09.02.2012	
----------	---	--

Der Bürgermeister weist vor Beschlussfassung auf einen Schreibfehler in der zu genehmigenden Niederschrift hin.
Auf der letzten Seite müsse sie das Datum „10.02.2012“ tragen und nicht – wie dort aufgeführt – „10.09.2012“.

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
----------	---	--

keine

5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
----------	--	--

Frau Mollenkott teilt mit, dass am 10.05.2012 eine ordentliche Hauptversammlung der AVU stattfinde. Schwerpunktmäßig werde man sich mit dem Jahresabschluss 2011 befassen. Parallel zur heutigen Ratssitzung finde bei der AVU eine Bilanzsitzung statt, deren Ergebnis zunächst abgewartet werden müsse.

Sobald zur Hauptversammlung nähere Informationen vorliegen, werde man diese bekannt geben.

Herr Schweinsberg informiert, dass der Behindertenbeirat am 26.03.2012 zum ersten Mal getagt habe. Frau Gebhardt sei zur 1. Vorsitzenden, Herr Sprock zum stellvertretenden Vorsitzenden und Herr Kommerasch zum Schriftführer gewählt bzw. bestellt worden.

Anschließend weist Herr Schweinsberg darauf hin, dass der Kreistag am 26.03.2012 beschlossen habe, keine AöR Jobcenter zu gründen, sondern ein Kreisamt. Dies entspreche nicht dem Votum des Bürgermeisters und dem seiner eigenen Person. Der Zeitpunkt der Umstellung und die genaue Ausgestaltung sei bewusst offen geblieben.

Im Hinblick auf das Thema „Schulorganisation“ informiert Herr Schweinsberg, dass die Bezirksregierung mit Schreiben vom 21.03.2012 mitgeteilt habe, dass mit 15 Anmeldungen für das kommende Schuljahr die Mindestzahl zur Klassenbildung von 18 SchülerInnen an der Gustav-Heinemann-Schule unterschritten werde. Damit sei die Bildung einer Eingangsklasse nach Auffassung der Bezirksregierung nicht möglich.

Die Mitteilung der Bezirksregierung widerspreche in Teilen der Aussage des ERK in der Sitzung des Schulausschusses, dass bis zum 04.04.2012 auf Ebene der Bezirksregierung zunächst Zahlen und Fakten gesammelt werden.

Aktuell liegen der Gustav-Heinemann-Schule 17 Anmeldungen vor, aber zwei SchülerInnen der 5. Klasse werden voraussichtlich das Klassenziel nicht erreichen. Somit wäre die Mindestzahl von 18 SchülerInnen überschritten.

Alternativ könnte die Realschule die Schüler aufnehmen. Seitens der Gesamtschule bestehe eine maximale Aufnahmekapazität von zwei SchülerInnen.

Schulleitung und Verwaltung haben nochmals Kontakt zur Bezirksregierung aufgenommen, die nach Meldung der aktuellen Zahlen ihre Entscheidung überprüfen wird.

Frau Gießwein meint, dass es doch möglich sein sollte, die noch fehlenden zwei SchülerInnen für dieses Jahr zum Erhalt der Ausnahmegenehmigung gewinnen zu können.

Frau Lubitz bemerkt, dass bei Bildung einer Eingangsklasse sichergestellt sein sollte, dass diese bis zum Ende in der Schule verbleiben könne.

Herr Stobbe teilt mit, dass ein Schwelmer Bürger zu Beginn der Woche der Verwaltung ein Schreiben zugeleitet habe, adressiert an den Schwelmer Stadtrat, in dem er seinen Unmut über die Holzarbeiten im Waldgebiet an der Schwelmer Quelle bekundet.

Dem Schreiben waren drei Fotos, Stand Februar 2012, beigelegt.

Da die Problematik bereits in vorangegangener Sitzung von den Herren Grüntker und

Feldmann angesprochen und von Herrn Striebeck beantwortet worden war, werde die Verwaltung den Bürger über die erfolgte Unterrichtung des Rates und Wiederherstellung der Waldwege nach Abschluss der Arbeiten informieren.

6	Nachbenennung eines Ausschussvorsitzenden	056/2012
----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

7	Ausschussumbesetzungen	057/2012/2
----------	-------------------------------	-------------------

Vor Beschlussfassung erläutert Herr Stobbe unter Bezugnahme auf die Ausführungen im Hauptausschuss, dass Herr Enke die persönliche Stellvertretung für Frau Utsch (DIE LINKE.) im Jugendhilfeausschuss wahrnehmen soll.

Beschluss:

Die in Anlage 1 zur Vorlage Nr. 057/2012/2 vorgeschlagenen Änderungen in den Ausschussbesetzungen, sowie die Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der TBS und des Aufsichtsrates der GSWS werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

8	Bestellung von Rechnungsprüfer	082/2012
----------	---------------------------------------	-----------------

Herr Stobbe nimmt Bezug auf die vorausgegangene Diskussion und bittet Herrn Schildt, sich dem Rat kurz vorzustellen.
Herr Schildt teilt daraufhin einige Angaben zu seiner Person mit und erklärt, dass er vom Kreistag in der Sitzung vom 12.12.2011 zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der Kreisverwaltung bestellt worden sei. Anschließend bietet er für den Fall, dass Gesprächsbedarf bestehe an, hierfür nach der öffentlichen Sitzung zur Verfügung zu stehen.
Auf Nachfrage des Bürgermeisters besteht dieser zur Zeit nicht.

Der Bürgermeister dankt Herrn Schildt und ergänzt hinsichtlich der Verwaltungsvorlage, dass der im Beschlussvorschlag aufgeführte Herr Kolbe die Nachfolge des in den Ruhestand versetzten Herrn Dickhaus antrete.

Beschluss:

Die folgenden Mitarbeiter der Kreisverwaltung des Ennepe-Ruhr-Kreises werden gemäß § 1 Abs. 3 der öffentlich rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung in Verbindung mit § 104 Abs. 2 GO bestellt:

Zur Leitung der örtlichen Rechnungsprüfung: Herr Randolph Schildt
Zum Rechnungsprüfer: Herr Mathias Kolbe

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

9	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	048/2012
----------	---	-----------------

Beschluss:

Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die 25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) der Stadt Schwelm einschließlich dem dazugehörigen Erläuterungsbericht als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

10	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 Abs. 2 BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	061/2012/2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

1. Während der Auslegung für die Dauer eines Monats gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) sind keine Anregungen eingegangen.
2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 061/2012 dargestellt, abgewogen.
3. Gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung des Landes (GO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die Begründung vom 22.02.2012 hierzu beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung Schwelm, Flur 24, Flurstücke: 45, 48, 53, 54, 119, 123, 126-129, 152-154, 192, 193, 199 203 teilw., 227-230, 263-265, 307-310. Flur 25, Flurstücke: 753, 755-758, 789, 790 teilw., 791-795, 806 teilw.. Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB ist den Planunterlagen zur Einsichtnahme gemäß § 10 Abs. 3 BauGB beizufügen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

11	Umkehrung Bismarckstraße und Gartenstraße - Konkretisierung der Fraktionen BfS, CDU, FDP und SWG vom 14.03.2012	055/2012/2
-----------	--	-------------------

Herr Flüshöh erläutert die Beweggründe, die zu der vorgestellten Konkretisierung geführt haben.

Der Beschluss zur Umkehrung der Bismarckstraße, der auch die Umkehrung der Gartenstraße umfasste, sei im Januar 2011 gefasst und aus diversen Gründen bisher immer noch nicht umgesetzt worden. Inzwischen liegen alle erforderlichen Stellungnahmen vor und die Angelegenheit sollte nun zum Abschluss gebracht werden.

Da Polizeibehörde und Verwaltung in einem Punkt hinsichtlich der Garten- bzw. Mittelstraße unterschiedlicher Auffassung sind, habe man die CDU gebeten, die Vorstellungen zu konkretisieren. Dies wurde durch Schreiben vom 14.03.2012 so unproblematisch und kostengünstig wie möglich vorgenommen.

Wenn die Umkehrung der Gartenstraße problematisch sei, dann solle nur die Bismarckstraße umgekehrt, aber der Beschluss nun endlich umgesetzt werden.

Auf die Frage des Herrn Schwabe, wie der LKW-Verkehr in die Innenstadt gelangen soll, antwortet Herr Nockemann, dass dies wie bisher geschehen könne.

Herr Stobbe weist darauf hin, dass die Konkretisierung noch mit der Polizei abgeklärt werden müsse.

Kenntnisnahme festgestellt

12	Antrag gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW: Beibehalt der Einbahnstraßenregelung Bismarckstraße/Gartenstraße/Mittelstraße	088/2012
-----------	---	-----------------

Herr Stobbe nimmt Bezug auf die in der Anlage zur Vorlage dargestellte Eingabe des Herrn Theis und erklärt, dass der Rat gehalten sei, hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Die Stellungnahme müsse er als Bürgermeister dem Petenten mitteilen. Hierauf habe dieser einen Anspruch.

Abstimmen könne man über den Antrag nicht, da ein vom Rat bereits gefasster Beschluss im Raum stehe, der zunächst aufgehoben werden müsse.

Der Bürgermeister erkundigt sich, welche Stellungnahme der Rat zu der Eingabe abgeben wolle.

Herr Nockemann erkundigt sich nach den im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung angekündigten weiteren Anträgen zu diesem Thema.

Herr Stobbe informiert, dass es zwei mündliche Anfragen und eine Anfrage per Email gebe. Dies seien aber weniger konkrete Antragstellungen, sondern vielmehr Anregungen.

Einmütigkeit herrscht darüber, dass es keinen Sinn mache, die Eingabe zunächst an den AUS zu verweisen.

Herr Philipp vergewissert sich, dass der Antrag deswegen nicht behandeln werden könne, da ein Beschluss vorhanden sei und man sich nicht im laufenden Verfahren befinde.

Bürgermeister Stobbe fragt, ob er das Schweigen der Ratsmitglieder so deuten solle, dass man dem Ansinnen des Herrn Theis nicht folgen wolle.

Da dem nicht widersprochen wird, erklärt er, dem Petenten eine entsprechende Antwort zukommen zu lassen.

13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.02.2012 zur Verkehrsentwicklung Innenstadt	058/2012
-----------	--	-----------------

Der Bürgermeister greift den anfangs von Herrn Flüshöh vorgetragene Hinweis auf und beantragt unter Bezug auf die vorangegangenen Beschlussfassungen Vertagung in den AUS.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

14	Gemeinsamer Antrag BfS, CDU, FDP und SWG vom 13.03.2012 "Pavillon Neumarkt"	091/2012
-----------	--	-----------------

Herr Stobbe verweist auf den in der Sitzungsvorlage zur Kenntnisnahme dargestellten Sachverhalt.

Die Verwaltung sei der Meinung, damit die Vorstellungen des Antragstellers zu erfüllen.

Parallel dazu habe man in der Vorlage auch die Historie des Pavillons aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die weitere Behandlung im Liegenschaftsausschuss mit anschließendem Hauptausschuss unter Einbindung des Behindertenbeirates vor. Dem soll die Behandlung im AUS vor der endgültigen Entscheidung im Rat am 28.06.2012 folgen.

Kenntnisnahme festgestellt

15	Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in NRW - hier: Projekt IKEA mit ergänzendem Homepark	054/2012
----	--	----------

Frau Gießwein erklärt, dass sich die Fraktion B'90/Die Grünen bei Beschlussfassung über die überörtliche Resolution, bei der die Einstimmigkeit nicht gewährleistet sei, enthalten werde. Sie schildert nachfolgend die Beweggründe für diese Haltung. Ein Besuch bei Ikea sei Kult. Die Menschen, die zu Ikea fahren möchten, fahren dorthin, um etwas „Ikea-Sepzifisches“ zu kaufen. In diesem Fall sei ihnen egal, ob sie hierfür nach Dortmund, Düsseldorf oder Wuppertal fahren müssen. Im Ergebnis werde also Ikea nicht der Schwelmer Innenstadt schaden.

Zu den Auswirkungen des Homeparks könne man heute noch nicht viel sagen. Möglich, dass sich dort ein Geschäft ansiedelt, dass den Schwelmer Einzelhandel schädigt. Aber dieses Geschäft könne sich genauso gut an anderer Stelle der Schwelmer Stadtgrenze ansiedeln. Als Beispiel führt Frau Gießwein die Diskussionen um das frühere „Divi“ an der Wuppertaler Stadtgrenze zu Schwelm an.

Herr Flüshöh stimmt Frau Gießwein dahingehend zu, dass ein Besuch bei Ikea Kult sei. Aber er stelle sich auch die Frage, ob man z.B. für eine Kerze oder viele ähnliche Artikel direkt bis zu Ikea fahre.

Im Hinblick auf den Homepark gebe es entsprechende Gutachten, die die Auswirkungen auf den Schwelmer Einzelhandel belegen.

Herr Flüshöh ist dankbar, dass die Staatskanzlei zur Zeit entsprechende Regelungen schaffe, mit Hilfe derer sich die betroffenen Kommunen gegen Homeparks und ähnliche Projekte wehren können.

Herr Schwunk erklärt, dass die FDP-Fraktion der Resolution zustimmen werde. Dies sei der einzige Weg, für die Stadt Schwelm verheerende Entwicklungen und derartige Projekte verhindern zu können. Er hoffe ebenfalls, dass die Landesregierung hierzu schnell die erforderlichen Regelungen schaffe. Die bereits vorliegenden Gutachten zeigen, dass gerade beim geplanten Homepark erhebliche Verluste der Schwelmer Einzelhändler zu erwarten seien.

Herr Kirschner ist der Auffassung, dass man bei der Beurteilung genauer hinschauen müsse. Bei derartigen städteplanerischen Entscheidungen gebe es ein gegenseitiges Rücksichtnahmegebot. Dieses sehe er durch die Stadt Wuppertal verletzt. Hier müsse man als Kreis zusammenstehen, denn jede der 9 Städte habe mindestens 1 Grenze an dem betroffenen Gebiet. Die Stadt Wuppertal sehe dies, wenn sie selbst Betroffene ist, genauso und hat z.B. bei der Planung des Centers in Remscheid-Lüttringhausen ihre Stimme dagegen erhoben.

Herr Weidenfeld glaubt nicht, dass es im Interesse breiter Teile der Bevölkerung sei, dass sich Ikea nicht ansiedele.

Im Gutachten seien im Bereich „Kunst“ mit 8 %, im Bereich „Elektro“ mit 5 % und im Bereich „Sport“ mit 7 – 8 % Kaufkraftabflüssen zu rechnen. Dahingegen seien die Abflüsse Richtung Wuppertaler Innenstadt enorm.

Frau Lubitz führt an, dass man auch von Seiten der Regierung die Ängste sehe, dass Center und Homeparks Kaufkräfte abziehen. Dies verstoße gegen das Nachhaltigkeitsprinzip. Auch wenn beim Homepark Wuppertal nicht viel Kaufkraft abfließen sollte, so wird aber der Verkehr um den dortigen Knotenpunkt stark zunehmen.

Man sollte den Menschen aufzeigen, dass Ikea nicht gebraucht werde und die gesamte Region erhalten bleiben solle. Aus diesem Grund werde die Fraktion DIE LINKE. der Resolution zustimmen.

Herr Stobbe schildert aus der Diskussion der Runde der Bürgermeister, dass Gespräche mit Ikea und dem Oberbürgermeister von Wuppertal geführt wurden und weiterhin werden.

Die Resolution werde in der Sache selbst von allen getragen und man habe sich darauf verständigt, den Handel in der Innenstadt zu stärken und aufzubauen. Hier sei aber auch der Handel selbst gefordert.

Nach bislang stattgefundenen Gesprächen wurde die Ausgestaltung des Homeparks bereits verändert. Auch die Stadt Wuppertal will ihre eigene Innenstadt nicht gefährden. Man versuche hierauf so viel Einfluss wie möglich zu nehmen. Durch die Resolution würde den Gesprächsführern der Rücken gestärkt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt der Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels zu und tritt der „Hammer Erklärung“ bei.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Resolution und die Erklärung der Landesregierung und dem Landtag NRW zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	4

16	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/6
-----------	---	-------------------

Bürgermeister Stobbe leitet ein, dass der im Hauptausschuss von den Fraktionen erarbeitete Beschlussvorschlag durch VL 033/2012/6 aufgegriffen wurde.

Herr Steuernagel beantragt, dass gemäß Beschluss des Verwaltungsrates der TBS vom 20.03.2012 die TBS AöR in die Organisationsuntersuchung eingeschlossen werden.

Herr Stobbe weist darauf hin, dass es dabei um die Schnittstellen zwischen Verwaltung und TBS gehe und nicht um die gesamten TBS.

Herrn Kick ist erinnerlich, dass in der Sitzung des Verwaltungsrates TBS die Einbindung der TBS als guter Vorschlag angesehen, aber der Umfang und die Konkretisierung dieses Vorschlages für die nächste Verwaltungsratsitzung vorgesehen worden sei. Seiner Auffassung nach sollte in der heutigen Sitzung nicht bereits der entsprechende Antrag gestellt werden.

Herr Steuernagel möchte lediglich verhindern, dass versäumt wird, die TBS mit einzubinden.

Herr Schier gibt zu bedenken, dass die TBS dem Verwaltungsrat unterstehen, der diese Entscheidung tragen müsse und nicht der Rat.

Herr Schweinsberg führt ergänzend aus, dass es richtig sei, die TBS AöR nicht ganz zu untersuchen, sondern nur die Bereiche, in denen es Schnittstellen zur Verwaltung gebe. Der Auftrag hierzu müsse von den TBS ergehen und der Beschluss hierfür in nächster Sitzung des Verwaltungsrates gefasst werden. Es sei beabsichtigt, das gleiche Unternehmen wie die Verwaltung zu beauftragen.

Herr Flocke schildert, dass die TBS vor acht Jahren bereits eine umfassende Orga-Untersuchung durchgeführt habe. Es sei aber selbstverständlich, dass die Orga-Untersuchung der Stadtverwaltung nicht vor den Toren, an denen sich die Dienstleistungen verknüpfen, halt mache.

Die Nachfrage des Herrn Schier nach einem konkret vorliegenden Beschluss des Verwaltungsrates TBS über die Einbeziehung der TBS AöR wird verneint.

Herr Steuernagel möchte als Protokollnotiz aufgenommen wissen, dass die CDU den Antrag gestellt habe.

Protokollnotiz:

Herr Steuernagel hat in der heutigen Ratssitzung für die CDU-Fraktion nachstehenden Antrag gestellt:

„In diese Organisationsuntersuchung werden, gemäß Beschluss des Verwaltungsrates der TBS vom 20.03.2012 die Technischen Betriebe Schwelm AöR mit eingeschlossen.“

Herr Stobbe weist auf Punkt 3 des Beschlussvorschlages hin, nach dem im Vorfeld erst noch über die zugrunde liegenden Annahmen und Eckdaten ein Einvernehmen mit dem Rat herzustellen sei. Es könne somit in heutiger Sitzung nicht schon darum gehen, einen entsprechenden Beschluss für die TBS zu fassen. Das an entsprechender Stelle darüber nachzudenken ist, inwieweit diese in die Überlegungen einzubeziehen seien, sei selbstverständlich.

Herr Gießwein empfiehlt, von der Möglichkeit der Stärkepaktkommunen Gebrauch zu machen, vorgesehene Mittel für Inanspruchnahme qualifizierter Unterstützung zu nutzen.

Herr Schweinsberg erwidert, dass seines Wissens keine Mittel bekannt seien, die die Kommune selbst in Anspruch nehmen, sondern lediglich die GPA externe Unterstützung beauftragen könne.

Der Bürgermeister sichert weitere Berichterstattung zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, vor dem Einstieg in die weitere Gebäudeplanung bzw. Gebäudeaufteilung zur Zentralisierung der Stadtverwaltung eine Organisationsuntersuchung durchführen zu lassen, um die

künftig organisatorisch abzubildenden Prozessketten innerhalb der Stadtverwaltung Schwelm, deren organisatorische Aufteilung und Anordnung in dem ggf. neu zu errichtenden Verwaltungsgebäude bzw. in den sanierten Verwaltungsgebäuden sowie die dazu notwendigen Flächen und Flächenreserven zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2012 zum integrierten Klimaschutzkonzept	065/2012/1
-----------	---	-------------------

Auch hier greift der Bürgermeister den eingangs von Herrn Flüshöh vorgetragene Hinweis auf und beantragt unter Bezug auf die vorangegangene Beschlussfassungen Vertagung in den AUS.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

18	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012
-----------	---	-----------------

Herr Stobbe ruft die Tagesordnungspunkte 18 und 18.1 mit den Vorlagen 089/2012 und 089/2012/1 zusammen auf und räumt zunächst der CDU-Fraktion ein, ihren Antrag zu erläutern.

Herr Flüshöh leitet ein, dass durch VL 089/2012 über die anstehende Ausschreibung der Stromlieferung informiert und unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages angeregt werde, Strom aus erneuerbaren Energien auszuschreiben. Den Sachstand zu den einzelnen teilnehmenden Kommunen finde man im Sachverhalt erläutert. Angesichts der bestehenden Haushaltssituation vertrete die CDU den Standpunkt, dass die durch Ausschreibung von Normalstrom erzielbare Einsparung der Haushaltskonsolidierung zu Gute kommen sollte. Sicher habe die Politik im Hinblick auf Energiewende eine gewisse Verantwortung, aber diese sollte sie vor Ort zeigen. Daher habe die CDU-Fraktion unter Punkt 3 ihres Antrags entsprechende Vorschläge dargestellt und halte dies für den sinnvolleren Weg. Die Vorschläge könne man diskutieren, aber die Mittel sollten vor Ort eingesetzt werden.

Herr Gießwein weist darauf hin, dass es nicht nur um die Beschaffung von Ökostrom gehe, sondern der Rat dem Bürger gegenüber auch ein Signal setze. Man müsse eine Lehre aus dem Vorfall in Fukushima ziehen. Dabei sei klar, dass man Ökostrom nicht zum Nulltarif erhalten könne. Sogar viele Großfirmen haben bereits auf erneuerbare Energien umgestellt. So hat z.B. Firma Dorma große Einsparungen mit der Umstellung auf Ökostrom erzielt.

Zu der von der CDU angeführten Einsparung gibt Herr Gießwein zu bedenken, dass heute nicht der Beschluss über die Ausgabe von 15.000 € Mehrkosten für Ökostrom anstehe. Bei dem Wert handle es sich ausschließlich um einen Schätzwert basierend auf fiktiven Hochrechnungen. Heute beschließe man lediglich, dass Schwelm 0,05 Ct/kWh Mehrkosten mittrage, falls dies erforderlich werde.

Zu dem Vorschlag 3.a) des CDU-Antrags schlägt Herr Gießwein vor, dass die EN-Agentur sich des Themas annehmen könne und man keine Doppelstruktur hierfür

schaffen müsse. Das unter Punkt 3.b) von der CDU vorgeschlagene Projekt gebe es schon lange in Schwelm. Dies könne wieder angestoßen werden. Derartige Projekte sollte man seiner Meinung nach nicht alternativ zur Beschaffung von Ökostrom setzen.

Herr Schwunk informiert, dass die FDP-Fraktion für die Beschaffung von Ökostrom stimmen werde. Bis 2021 sei die Aufgabe zu bewältigen, Atomstrom durch Neuanlagen auszugleichen. Seiner Auffassung nach wird dieser Forderung nicht schnell genug Rechnung getragen. Im übrigen sollte die Stadt als Vorbild auch die Bürger zur Umstellung auffordern.

Herr Striebeck schildert im Überblick, dass die Stadt Schwelm von 2010 auf 2011 ihren Verbrauch um rd. 6 % gesenkt habe, der Preis parallel aber um 6,5 % gestiegen sei. Über die Dauer des 3-jährigen Stromlieferungsvertrages sei der Stromgrundpreis gleich geblieben, die Stromnebenkosten aber angestiegen. Zur Beschlusslage der anderen Städte informiert er, dass in Sprockhövel zeitgleich die Ratssitzung stattfindet und Schwelm dann die letzte Stadt sei, deren Entscheidung noch ausstehe.

Herr Stobbe gibt ebenfalls zu bedenken, dass mit Zahlen gerechnet wurde, die lediglich eine Annahme darstellen. Man wisse weder den Preis des Normalstroms bei Ausschreibung, noch den des Ökostroms. Wenn unabhängig von der Stromlieferung bestimmte Projekte für sinnvoll erachtet werden, sollte man diese nicht in den Kontext zueinander stellen.

Herr Kirschner stellt klar, dass man zwischen zwei Dingen unterscheiden müsse. Der Bürger einerseits müsse selbst wissen und entscheiden was er für richtig halte, aber die Stadt Schwelm sei Teil des Systems, das als solches auf den Strommarkt gehe und ein Symbol setzen müsse.

Herr Striebeck schlägt vor, sich im Hinblick auf das existierende Klimaschutzteilkonzept mit Herrn Dr. Drenk von der EN-Agentur in Verbindung zu setzen.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung des nachstehenden Wertungskriteriums beauftragt, ab dem 01.01.2013 Strom aus erneuerbaren Energien (Ökostrom) mit einer Neuanlagenquote (33%) auszuschreiben.

*Es können sowohl Angebote für Ökostrom **ohne** Neuanlagenquote (aus sog. „Bestandsanlagen“) als auch Angebote für Ökostrom **mit** Neuanlagenquote gemäß den genannten Anforderungen unterbreitet werden. Die Schwelle für Mehrkosten von Ökostrom **mit** Neuanlagenquote wird in den Wertungskriterien wie folgt festgelegt:*

Das für das jeweilige Los wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit den niedrigsten Brutto-Jahresbezugskosten, die auf Grundlage der angebotenen Preise in Verbindung mit den in der Liste der Abnahmestellen ausgewiesenen Leistungs- und Verbrauchsdaten ermittelt werden.

*Für jedes Los wird das wirtschaftlichste Angebot einzeln ermittelt. Sofern sowohl Angebote zur Lieferung von Ökostrom **ohne** Neuanlagenquote als auch*

Angebote zur Lieferung von Ökostrom **mit** Neuanlagenquote (mindestens 33 %) vorliegen, die die Anforderungen an die Lieferung von Ökostrom gemäß § XXX Stromliefervertrag erfüllen, wird der Zuschlag auf das Ökostrom-Angebot **mit** Neuanlagenquote mit den niedrigsten Brutto-Jahresbezugskosten erteilt, wenn die Mehrkosten des günstigsten Ökostrom-Angebotes **mit** Neuanlagenquote gegenüber dem günstigsten Ökostrom-Angebot **ohne** Neuanlagenquote **0,5 ct/kWh (netto) nicht übersteigen.**“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	12
	Enthaltungen:	

18.1	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012/1
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen zu TOP A 18 !

19	Förderung des Breitensports	010/2012/2
-----------	------------------------------------	-------------------

Herr Schweinsberg erläutert, dass man in der Ergänzungsvorlage die textlichen Änderungen eingearbeitet habe.

Herr Weidenfeld erkundigt sich, ob die einzige Bezugsgröße für die Verteilung der Mittel die Zahl der Mitglieder sei und sich diese nicht nach den durchgeführten Jugendsportaktivitäten ausrichte.

Herr Schweinsberg merkt hierzu an, dass dies der Absprache im Ältestenrat über den Berechnungsmodus entspreche.

Beschluss:

Der Stadtsporverband (SSV) erhält jährlich rückwirkend auf Antrag einen Betrag von max. 16.000 Euro zur Förderung der Jugendarbeit. Dieser Betrag soll erstmals für das Jahr 2011 (kassenwirksam 2012) gezahlt werden. Diese Fördermöglichkeit soll zunächst befristet für 5 Jahre eingeräumt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

20	Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2012	087/2012/1
-----------	--	-------------------

Vor Beschlussfassung über Vorlage 087/2012/1 bittet Herr Stobbe die Fraktionen zunächst um ihre Haushaltsreden.

Anschließend tragen die Herren Philipp, Flühöh, Schwunk, Gießwein und Kranz ihre Reden vor. In seiner Haushaltsrede beantragt Herr Gießwein schon vorab getrennte Abstimmung über die Punkte 1 bis 4 aus Vorlage 087/2012/1.

Vor den weiteren Haushaltsreden verkündet Herr Stobbe eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung: 20:25 Uhr – 20:35 Uhr

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister folgen die Haushaltsreden der Herren Feldmann und Dr. Bockelmann, bevor Herr Stobbe allen Beteiligten für das Zustandekommen des Haushalts dankt und zur getrennten Abstimmung über die Punkte 1 bis 4 aus Vorlage 087/2012/1 aufruft.

Abstimmung über Punkt 1 aus Vorlage 087/2012/1:

„Der Rat der Stadt Schwelm erklärt die aus dem Stärkungspaktgesetz abzuleitende Vorgabe eines jahresbezogenen Haushaltsausgleichs im Haushaltsjahr 2016 unter Inanspruchnahme der landesseitigen Förderung zur obersten Maxime seines Handelns.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	4

Abstimmung über Punkt 2 aus Vorlage 087/2012/1:

„Die Verwaltung wird gebeten, unter Bezugnahme auf 1. regelmäßig über die Soll - Ist-Abweichung zu informieren.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	4

Abstimmung über Punkt 3 aus Vorlage 087/2012/1:

*„Ab dem Haushaltsjahr 2017 **sollen** entstehende jahresbezogene Haushaltsüberschüsse vorrangig und überwiegend zur Rückführung von Liquiditätskrediten verwendet werden.
Gleichzeitig spricht sich der Rat aber auch dafür aus, die Bürgerinnen und Bürger nach einer langen Zeit der Konsolidierung wieder bei den Steuern und Abgaben zu entlasten.“*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

Abstimmung über Punkt 4 aus Vorlage 087/2012/1:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30. September 2012 ein Konzept zur Einführung von Zielen und Kennzahlen im städtischen Haushalt vorzulegen. Bereits kurzfristig soll sie zwei Produktbereiche vorschlagen und dort für das Haushaltsjahr 2013 die Erörterung und Diskussion um Ziele und Kennzahlen einleiten.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

21	Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2011	043/2012
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Rat schließt sich den Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse und des Finanzausschusses an.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

22	Haushaltsanträge der FDP-Fraktion vom 10.01.2012	044/2012/1
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat schließt sich den Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse und des Finanzausschusses an.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	2

23	Antrag der CDU-Fraktion; Zuschuss an den Trägerverein Schwelmebad	090/2012/1
-----------	--	-------------------

Frau Gießwein schickt voraus, dass die Fraktion B'90 / Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Wichtig sei, den Kindern und Jugendlichen den Freibadbesuch im bevorstehenden Sommer zu ermöglichen. Sie verweist aber auch auf die im März 2009 unterzeichnete Erklärung mit der Vereinbarung, sich bei Schwierigkeiten gemeinsam zu engagieren. Der Fördervertrag sei keine Einbahnstraße. Insofern müsse man sich mit dem Trägerverein Schwelmebad im Herbst zusammensetzen. Darüber hinaus erwarte ihre Fraktion bis zu diesem Zeitpunkt einen umfassenden Bericht vom Trägerverein.

Herr Stobbe schildert kurz das derzeitige Verfahren in der Angelegenheit seit der Sitzung des Finanzausschusses. Es wurde der Vorschlag des Herrn Dr. Bockelmann aufgegriffen, zu überlegen, wer dem Trägerverein beratend zur Seite stehen könnte, der sowohl vom Trägerverein als auch von der Politik akzeptiert werde.

Es konnte zwischenzeitlich ein Berater gefunden werden, der aber namentlich nicht genannt werden möchte. Er möchte sich der Angelegenheit ohne äußere Einflüsse widmen können.

Die Verwaltung habe überlegt, wie sie verantwortungsbewusst in der Angelegenheit weiter verfahren könnte und ist davon überzeugt, dass der in der Vorlage dargestellte Weg der richtige sei.

Herr Schwunk signalisiert, dass die FDP-Fraktion zustimmen werde.

Das Freibad müsse erhalten bleiben. Wichtig sei aber, das Wasser zu erwärmen.

Herr Flüshöh erklärt, dass auch die CDU-Fraktion für den Vorschlag stimmen werde, stellt aber fest, dass man realistisch und sich darüber klar sein müsse, dass der Zuschuss nur eine einmalige Sache sein dürfe. Er hofft, dass der Trägerverein es damit weiterhin schaffe.

Frau Lubitz teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde, da das Bad erhalten bleiben soll. Sie empfiehlt für die Zukunft rechtzeitig die Alarmglocke zu läuten, um rechtzeitig gemeinsam zu überlegen, welche Wege weiter beschritten werden können.

Der Bürgermeister schlägt vor Abstimmung vor, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass im letzten Satz das Wort „mit“ abgeändert wird auf „dem unten stehenden Sperrvermerk“.

Geänderter Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.531700 – Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen – wird der enthaltene Zuschuss an den „Trägerverein Schwelmebad“ im Jahr 2012 einmalig von bisher 50.000 € auf 80.000 € erhöht.

Der Erhöhungsbetrag um 30.000 € wird mit *dem unten stehenden Sperrvermerk* versehen.

Text des Sperrvermerks:

- 1. Der Trägerverein Schwelmebad e. V. oder dessen Vorstand soll in seiner Jahreshauptversammlung am 14.04.2012 einen vom Rat, der Verwaltung und Verein anerkannten externen Berater zunächst auf unbestimmte Zeit bestellen.*
- 2. Der Berater wird seine Aufgaben aufeinander abgestimmt in 2 Verträgen gegen ein Honorar fixieren. Der eine Vertrag wird zwischen Verein und Berater geschlossen, der andere zwischen Berater und Stadt. Das Honorar des jeweiligen Beratervertrages wird nach Aufwand monatl. zwischen den Vertragsparteien abgerechnet.*
- 3. Die 3 Beteiligten werden im Einvernehmen den Betrag von insgesamt max. 30.000€ entsprechend der Bedarfe in bedarfsgerechten Teilzahlungen zur*

Auszahlung bringen. Hierbei wird insbesondere ab den Monaten Juli f.f. auch die Zukunftsprognose in die Betrachtung einbezogen.

4. *Sofern die Punkte 1 und 2 erfüllt sind wird der Sperrvermerk für eine 1. bedarfsgerechte Teilzahlung aufgehoben.*
5. *Sofern zu Punkt 3 aus Sicht der Verwaltung oder des Trägervereins kein Einvernehmen erzielt werden kann bzw. die Interpretation der Prognose unterschiedlich ist, wird der Vorgang dem Finanzausschuss zur Entscheidung vorgelegt.
Sofern das Einvernehmen besteht erfolgen die Auszahlungen gem. dem beschriebenen Verfahren.*
6. *Entsprechende HH-Mittel für die Umsetzung des kommunalen Honoraranteils sind im Rahmen des aufgestellten Sanierungsplans durch Konsolidierung im Gesamtetat zu erwirtschaften.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

NB: Herr Siepmann

24	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)	146/2011
-----------	--	-----------------

Herr Steuernagel teilt mit, dass er eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

Die Verwaltung bezeichne lt. ihren Ausführungen in der Verwaltungsvorlage eine Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 450 auf 465 Hebesatzpunkten als moderat.

Er erläutert detailliert, warum eine derartige Anhebung die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe bzw. Einzelhändler seiner Auffassung nach über Gebühr belaste und er dem Beschlussvorschlag aus Verwaltungsvorlage 146/2011 nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Die 4. Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Verwaltungsvorlage Nr. 146/2011 als Anlage 1 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

25	Investitionsliste 2012	079/2012/1
-----------	-------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Investitionsliste 2012 (Stand 5. Änderungsliste) gemäß Anlage 1 zu Sitzungsvorlage 079/2012/1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

26	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2012	084/2012/1
-----------	---	-------------------

Bürgermeister Stobbe dankt an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten aus der Verwaltung und den gesamten Gremien, die zu dem Gesamtwerk, das heute beschlossen werden konnte, beigetragen haben.

Ohne die gute vorbereitende Arbeit der Fachausschüsse wäre dies in der Form nicht möglich gewesen.

Die beschlossene Haushaltssatzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2012 wird beschlossen.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2012 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2012 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:
(siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

27	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2012	018/2012
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	19
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	2

28	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	
-----------	--	--

Herr Flüshöh kündigt eine schriftliche Anfrage an.

Herr Kampschulte erkundigt sich, ob die Wasserhähne auf den städtischen Friedhöfen wieder in Betrieb genommen wurden. Er wurde dahingehend von Bürgern angesprochen.

Aus den Reihen des Rates wird signalisiert, dass dies geschehen ist.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 23 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 30.03.2012	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------